

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 206 (1933)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik.

(1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932.)

Dies Jahr weiß der Chronist kaum, womit er anfangen soll, so viel ist in zwölf Monaten passiert, und so wenig sind die Dinge zu übersehen. Es brodelte rings um unser Land, und hinter den nahen Wolken weiß man noch dunklere, von denen keiner sagen kann, wohin sie fahren und wo sie sich entladen.

Wiederum muß man sagen, daß die Wirtschaftskrise die Gründe liefert zu den meisten politischen Wirren, und daß eine Entspannung in den meisten Ländern erst dann zu erwarten ist, wenn die Krise ein Ende nimmt; sollte aber die Wirtschaft noch mehr zerfallen, als sie es heute schon ist, so dürften die politischen Gewitter noch schlimmer toben.

In Europa steht nach wie vor **das Deutsche Reich** im Mittelpunkt alles Geschehens. Deutsche Republik darf man schon bald nicht mehr sagen, denn die Parteien, die noch an der neuen Staatsform hängen, schmelzen mit jedem Tag mehr zusammen. Die Verschlimmerung der Lage begann schon letzten Sommer. Da hatte Hoover, der amerikanische Präsident, zustande gebracht, daß das Reich für ein Jahr keine „Reparationen“ mehr zu leisten brauchte, und daß auch die Schuldner Amerikas ein Jahr lang nicht blechen mußten, und schon zeigte es sich, daß auch alle andern Schulden nicht bezahlt werden konnten. Ein allgemeines „Stillhalteabkommen“ kam zustande, und den Deutschen wurden die fälligen Milliarden nicht gekündigt. Es war eine Art Gnadenfrist, aber eigentlich mehr für die Gläubiger als für die Schuldner, wie sich in der Folge erweisen sollte. Während dieser Frist versuchte der deutsche Reichskanzler Brüning mit seinen schon bisher angewendeten Methoden die Finanzen des Reiches zu retten und ins Gleichgewicht zu bringen. Eine sogenannte Notverordnung nach der andern beschenkte das deutsche Volk mit immer neuen Steuern, zog den Beamten und staatlichen Angestellten und Arbeitern an den Gehältern und Löhnen ab und kürzte die Wohlfahrtszuschüsse, mit dem Erfolge, daß die Arbeitslosigkeit immer noch zunahm.

Im vergangenen Herbst zeigte der große Krach der Darmstädter- und Nationalbank, der sogenannten „Danatbank“, wie tief die Erschütterung bereits ging; von Staats wegen wurden die Schalter der übrigen Institute vielfach geschlossen, und die „Bankfeiertage“ belehrten das Publikum, daß ein Sturm auf die Kassen abgestoppt werde; der Staat griff mit seinen Milliarden, eigentlich Steuergeldern, ein, um die erschütterten Banken zu retten, führte gleichzeitig eine Art „Bankkontrolle“ ein und half mit andern Milliarden der notleidenden Landwirtschaft und der Industrie notdürftig auf die Beine. Trotzdem ging die Entwicklung weiter, um im ersten Halbjahr 1932 deutlich auf Sturm zu sinken.

Noch im Herbst rettete sich das Kabinett Brüning mit 25 Stimmen Mehrheit vor einem Fall und bekam die Erlaubnis, weiterhin mit Notverordnungen zu regieren; Sozialdemokratie und bürgerliche Mitte, vorab das katholische Zentrum, ermöglichten dies. Auch war ein Vorstoß der Nationalsozialisten und Deutschnationalen, durch Volksentscheid den preußischen Landtag aufzulösen, gescheitert; der „Volksentscheid“ brachte nur etwa 9 Millionen Stimmen. Dagegen zeigten die Wahltag für den Reichspräsidenten vom 14. März und 11. April 1932 allzudeutlich, daß die Anhängerenschaft Hitlers, des nationalsozialistischen Führers, inzwischen ungeheuer gewachsen war. Er wurde zwar nicht gewählt; Hindenburg, der bisherige Reichspräsident, überflügelte ihn immer noch um viele Millionen. Doch wußte jedermann, was geschehen wäre, falls die Gegner Hitlers ihm keinen Hindenburg entgegenstellen konnten.

Kurze Zeit nach der Reichspräsidentenwahl wurden die Hitlerleute in den Wahlen zu den Landtagen verschiedener Länder, vor allem in Preußen, zur stärksten Partei und begannen sich nach und nach allmächtig zu fühlen. Vorstöße der sozialdemokratischen Führer im Verein mit dem Reichswehrminister Gröner erreichten nun, daß die sogenannten „Sturmabteilungen“ der deutschen Faschisten, wie man die Hitlerleute nennt, verboten und aufgelöst wurden. Das war aber auch der letzte sichtbare Erfolg der bisher führenden Parteien.

Denn kurz nachher stolperte Brüning mit seiner letzten Notverordnung; Hindenburg ließ ihn fallen, weil er den ostdeutschen Großgrundbesitzern für die Landenteignung zugunsten der neuen Bauernsiedlung zu geringe Entschädigungen ausbezahlen wollte. Das neue Kabinett von Papen erklärte Schluß des bisherigen Kurses, setzt ihn aber eigentlich in anderer Form weiter, indem die Sozialzuschüsse noch radikaler gekürzt, die Beamtengehälter weiter beschnitten, der Reichstag aber, der den neuen Kanzler nicht mehr stützen wollte, nach Hause geschickt und Neuwahlen auf Ende Juli 1932 ausgeschrieben wurden.

Nur eins hat von Papen geändert: Er hat die nationalsozialistischen „Sturmabteilungen“ wieder erlaubt, und seither tobt der „kleine Bürgerkrieg“, der fast täglich Opfer fordert. Von Papen hat gegen sich die Gewerkschaften, das katholische Zentrum und die Sozialdemokraten, dann aber auch Bayern und Baden nebst Sachsen. Die Kraftprobe wird erst kommen, wenn der neue Reichstag gewählt sein wird. Der Sieg der Rechten ist fast sicher, aber nicht sicher ist, ob Hitler sein „Drittes Reich“ aufrichten wird, oder ob ihm die Generäle gerade dann das Heft aus der Hand schlagen, wenn er am Ziele zu sein glaubt.

Die Politik in **Frankreich** hängt absolut mit den Vorgängen in Deutschland zusammen; die einzige Angst in Paris scheint zu sein, eines Tages isoliert zu werden und den Deutschen allein gegenüber zu stehen. Im vergangenen Jahre zeigte sich das an verschiedenen Beispielen. Vor dem Schiedsgericht im Haag wurde die Zollunion zwischen Österreich und dem Deutschen Reich als unzulässig verboten. Das war ein Sieg der Franzosen. Aber eigentlich der einzige

Sieg des Jahres. Alle andern Pläne wurden gehemmt oder über den Haufen geworfen. Ein Vorstoß Lardieus, der bis vor kurzem regierte, im Donaubecken eine Zollunion zu begründen, scheiterte an den Widerständen von Deutschland, Italien und England. Dies mag der Grund gewesen sein, weshalb in den Parlamentswahlen dieses Frühjahr die Radikalsozialisten und Sozialisten zum vornherein mit den besten Aussichten kochten; denn die Isolierung Frankreichs verursachte im ganzen Lande großes Unbehagen.

Frankreich hat eine Reihe führender Männer verloren; am meisten betrauert wurde Briand, der Vater der Idee eines europäischen Staatenbundes; einen kurzen, jedoch bald vergessenen Sturm erregte das Attentat des Russen Gorguloff auf den Präsidenten Doumer, dem der Getroffene erlag. Aber die Mordtat des zweifelhaften Emigranten aus dem Osten vermochte den Gang der großen Ereignisse kaum zu beeinflussen: Wenige Tage darauf errangen die beiden Linksparteien in den Parlamentswahlen die Mehrheit, und Herriot, der radikalsozialistische Bürgermeister von Lyon, hat nun das

zweifelhafte Vergnügen, die Franzosen zum Verzicht auf die deutschen Reparationen zu bringen. Wie er das tun wird und ob er damit die Liebe seines Landes verscherzt, wird sich bald zeigen.

Herriots erstes Verdienst war, wieder mit **England** festere Fühlung zu gewinnen und auf der Reparationskonferenz in Lausanne im Bunde mit den Briten einheitliche Forderungen aufzustellen. Die Deutschen haben schon im Januar durch Brüning erklären lassen, daß sie nicht mehr bezahlen können. Dieses „Angebot“ hat in Lausanne von Papen wiederholt. Die Italiener



Giuseppe Motta.
Bundespräsident für das Jahr 1932.

unterstützen Berlin. Streichung aller Reparationen, so sagen sie, ist Vorbedingung für die Wiederaufrichtung der Welt. Die Engländer, die sich moralisch verpflichtet haben, Frankreich zur Seite zu stehen, suchen zu vermitteln.

Das vorläufige Ergebnis war das „Lansanner Protokoll“, das den Deutschen eine Schlusszahlung von drei Milliarden auferlegt. Hitler aber erklärt, in wenigen Monaten würde diese Summe nicht drei Mark mehr wert sein.

Ein weiteres Ergebnis war ein englisch-französisches „Vertrauensabkommen“, das zur Hauptsache bezweckt, Amerika zum Schuldennachlaß zu bewegen.

Die englische Politik hat im letzten Jahre einen seltsamen Verlauf genommen. Im letzten Herbst demissionierte Macdonald als Minister des Labourkabinetts und bildete ein neues „nationales“ Ministerium mit Hilfe von Konservativen, Liberalen und einigen seiner alten Leute. Seine Partei warf ihn dafür aus ihren Reihen. In den darauf folgenden Wahlen eroberten die Konservativen und Macdonalds Laboursplitter zusammen über 480 Parlamentsitze, während Labour von 288 auf 49 Sitze hinunterrutschte. Das war die Landesquittung an Labour dafür, daß es die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt hatte. Bei den nächsten Wahlen werden es die Konservativen sein, denen man quittiert.

Die Labourleute, die mit Macdonald nicht einig gingen, wollten die Löhne nicht senken und die Zölle nicht erhöhen, weil sie sagten, das helfe nichts. Die Konservativen wollten das Gegenteil.

Aber die neue nationale Regierung wurde durch die politischen Ereignisse zu Dingen gezwungen, die gar nicht im Plane der Konservativen gelegen waren. Frankreich hatte, um für seine großen politischen Pläne freiere Hand zu bekommen und England zu schwächen, im vergangenen Sommer in England massenhaft Kredite gekündigt und Gold abgezogen, und da die englischen Kapitalien vielfach in Deutschland „eingefroren“ waren, so wurde das englische Pfund erschüttert und begann zu weichen. Und nun spielten die Engländer Frankreich einen Streich, auf den es nicht gewartet. Sie setzten die Goldwährung ab und erklärten, keine Banknoten mehr umzuwechseln. Allenthalben fürchtete

man, nun werde das Pfund seinen Wert völlig verlieren und, wie seinerzeit die Mark, nur noch zum Tapezieren zu brauchen sein. Aber da erwies es sich, daß das Pfund nur einige „Schreckpunkte“ verlor und sich seither auf drei Viertel seines früheren Wertes hielt. Die englische Ausfuhr stieg für einige Zeit. In London hätte man die größte Angst, wenn das Pfund wieder 25 Schweizerfranken wert sein sollte.

Das Merkwürdige an der ganzen Sache ist nur, daß seit dem Streich mit der aufgehobenen Goldwährung, also mit dem Abschlagen der französischen Finanzattacke, England in der Politik wieder führend wurde und daß dies recht eigentlich die Franzosen gezwungen hat, von der Politik Lardieus abzugehen.

England führt, trotzdem es mit seinen Dominions keine ungetrübte Freude erlebt: In **Irland** haben gegenwärtig die Republikaner des Herrn De Valera die Oberhand und wollen den Treueid gegenüber der englischen Krone abschaffen; die Ausichten der Extremisten haben sich freilich verschlechtert, weil Irland seine Produkte in England absetzen muß, wodurch das Land von seinem großen Herrn und Nachbar abhängig bleibt; die Gemäßigten unter Cosgrave warten auf den Moment, um De Valera zu stürzen.

In **Indien** herrscht Grabesruhe, einige Streiks in Bombay abgerechnet und abgesehen von den Schüssen und Steinen, welche Hindus und Mohammedaner miteinander wechseln. Ghandi sitzt wieder im Gefängnis; der allindische Kongreß wirkt nur unterirdisch, sein Exekutivkomitee ist als ungesetzlich aufgelöst worden, und mit dem aus Indien kommenden Golde öffnet England seinen Goldschatz.

In **Arabien** bereitet England gegen den König der Wahabiten, den es noch nicht unterworfen, einen Angriff von allen Seiten vor; Ibn Saud aber rüstet sich, wie es heißt mit Hilfe bolschewistischer Offiziere, zum Gegenangriff.

Australien und **Neuseeland** machen die Rechtsentwicklung des Mutterlandes mit. **Kanada** hat für seinen leidenden Farmerstand ebenso wie für die vielen städtischen Arbeitslosen zu sorgen und bereitet sich auf die kommende britische Reichskonferenz in Ottawa, die beweisen

soll, ob die Bruder- und Tochterstaaten Großbritanniens sich der nationalen Regierung gefälliger erzeigen werden als vorher Labour, d. h. ob sie seine Wünsche auf engere Zollzusammenschlüsse besser begreifen als früher.

Die **Vereinigten Staaten von Nordamerika** erlebten in diesem Jahre einen wirtschaftlichen Niedergang wie nie zuvor. Der Milliardenverlust der Aktien ist nicht abzuschätzen, übersteigt aber bei weitem die Summen, welche der Weltkrieg gekostet. Zwar sind es nur nominale Summen; die Farmen und Fabriken, die Bergwerke und Wolkenkratzer stehen noch. Aber in den Geschäftsbüchern hat ein Hagel gehaust. Viele Tausende von Banken existieren nicht mehr, viele Millionäre und Halbmillionäre, aber unendlich viel mehr Wohlhabende des Mittelstandes sind heute arm. Welches Elend herrscht, davon zeugt Detroit, die Stadt der Automobilwerke Henry Fords, das über 200,000 Arbeitslose zählt. Das ganze Land weist über 7 Millionen Feiernde auf. Zwangsläufig muß sich die Regierung zur Hilfe entschließen; denn die private Mildtätigkeit genügt eben nicht. Bisher hat man versucht, durch Kreditausweitung die Arbeit wieder anzufurbeln, aber alles war umsonst.

Um sich für die kommenden Präsidentschaftswahlen eine günstige Position zu schaffen, hat Herr Hoover plötzlich der Genfer Abrüstungskonferenz eine Botschaft geschickt, wonach alle Staaten auf ein Drittel ihrer Heeresbestände verzichten und alle schweren Schiffe und Kanonen vernichten sollten. Hoover, der mit Recht fürchtet, das Land könnte ihn büßen lassen für den Mißerfolg in der Krisenbekämpfung, hat damit einen schweren Gewichtstein auf die Waage seiner Chancen geworfen. Ob er genügt, um seiner Partei den Sieg zu sichern, weiß man nicht. Seine Gegner, die Demokraten, wollen es mit einem Angriff auf die Alkoholprohibition probieren; sie pflanzen also die Fahne der „Rassen“ auf.

Dieser schreckliche Kampf für und wider den Alkohol hat ja der Union eine Sittenverwilderung gebracht, wie sie bisher nur die völlig zerrütteten



Nächtliche Beleuchtung des Berner Münsters.
Phot. Rohr, Bern.

chinesischen Räubergegenden aufwiesen. Amerika erschrickt vor dem eigenen Gesicht, das ihm Bankräuber, Schmugglerbanden und die Unterwelt seiner Großstädte mit jedem Tag deutlicher zeigen. Die Entführung und Ermordung des Lindbergh-Kindes durch unbekannte Banditen, die bis heute nicht gefunden wurden, die 100,000 Dollars Lösegeld von Lindbergh erpreßten und das Kind doch umbrachten, läßt die übrige Welt an dem großen Volke überm Ozean verzweifeln. Das „Gesicht Amerikas“

ist auch schuld an der Aufnahme des Hooverschen Abrüstungsplanes. Er wurde trotz Zustimmung vieler Staaten als amerikanisches Wahlmanöver taxiert. Und leider ist darum die Hoffnung gering, daß in Genf etwas Ernsthaftes beschlossen werde. Zum Schaden des Völkerbundes und der Friedensidee.

Das Ansehen des „**Völkerbundes**“ hat im letzten Jahre seinen stärksten Stoß erhalten durch die Rolle, welche diese Institution im japanisch-chinesischen Konflikt gespielt hat.

Ende September 1931 griff Japan plötzlich die chinesischen Truppen in der Mandschurei an und warf die Hauptgruppe nach Süden, über die chinesische Mauer, nach dem eigentlichen China zurück, die Reste aber nach Norden, wo sie seither als halbe Räuberbanden die Gegenden um Charbin, Tsitsihar und Kirin beunruhigen. In Mukden wurde ein „unabhängiger mandschurischer Staat“, der natürlich unter japanischer Kontrolle steht, ausgerufen.

Um die Welt von dieser Aktion abzulenken, überfielen darauf im Januar 1932 andere japanische Divisionen die chinesischen Armeen, die bei Schanghai standen, überwandern die „19. Armee“, die als erstes chinesisches Korps in der modernen Geschichte einem Gegner ernsthaften Widerstand leistete, nach verbissenen Kämpfen bei Tschapei und den Forts von Wusung und zogen sich erst zurück, nachdem die Divisionen in der Mandschurei benötigt wurden.

Dem allem schaute eigentlich der Völkerbund tatenlos zu. Die „Untersuchungskommission Lytton“, die nach der Mandschurei entsandt wurde, ist der Gegenstand vieler Wiße geworden, und die Admiräle, welche den „Waffenstillstand von Tschapei“ zustande brachten, waren auch erst erfolgreich, als Japan seine Leute sowieso wegziehen wollte.

Die Wirren im fernen Osten haben uns gezeigt, daß der Völkerbund ohnmächtig bleibt, solange hinter ihm keine militärische oder finanzielle Macht steht, und daß einer, der den Frieden ungestraft stören will, nur erklären muß, er führe keinen Krieg. So haben es die Japaner getan, und auch die Chinesen hüteten sich, eine formelle Kriegserklärung zu erlassen.

Eine Zeitlang schien es, als ob in den Strudel der mandschurischen Händel auch die **Sowjetunion** hineingerissen werde. Und zwar, als die Japaner sich der Verbindungsbahn zwischen Sibirien und Wladiwostok, die zum Teil den Russen gehört, bemächtigten. Natürlicherweise würden sich die Machthaber in Rußland, wenn sie Händel brauchten, einen solchen Übergriff nicht gefallen lassen. Es scheint aber, daß sie froh seien, ungeschoren zu bleiben. Irgend etwas klappt nicht in der neuen Bauernpolitik; die Genossenschaften säen nicht genügend an und bleiben auch in der Versorgung der Städte mit Fleisch im Rückstand. Nun haben die Diktatoren, um in diesen Dingen Wandel zu schaffen, den Bauerngenossenschaften erlaubt, mit den Städten direkt Handel zu treiben, jedoch nur von den Genossenschaften aus, um keinen Privathandel aufkommen zu lassen. Inzwischen ist mit großen Zahlen ein zweiter „Fünfjahresplan“ für die staatliche Industrie und für das Verkehrswesen sowie die staatlichen Getreidefabriken verkündet worden, nachdem der erste Plan wie viele Unparteiische erklären, zum Teil erfüllt worden, ja zum Teil sogar überschritten sei.

Die Zweifler sagen uns, diese Industrie hänge indessen vorläufig in der Luft. Neben Riesenfabriken bestünden die elendesten Wohnsiedlungen. Die glühenden Anhänger des neuen Systems aber verheißen eine künftige rapide Beschleunigung auch im Aufbau von Städten und Dörfern und in der kleinen Industrie, wenn nur einmal die Großindustrie alles Nötige zu diesem Aufbau liefern werde.

Jedenfalls wünschen die roten Russen in ihrem Experiment auf Jahre hinaus nicht gestört zu werden. Das ist sicher. Nichts käme ihnen mehr in die Quere, als z. B. der Einmarsch der weißen Garden, die sich in der Mandschurei gebildet haben, und die Ausrufung russischer oder ukrainischer Staaten unter Japans Schutz am Amur oder um Wladiwostok herum. Gerade dies aber müßten die Japaner versuchen, wenn sie „ohne Kriegserklärung“ jene russischen Gebiete gleich wie die Mandschurei an sich reißen möchten.

Japan hat an der Mandschurei vorläufig genug zu verdauen, und trotzdem besteht Gefahr. Es gibt unter der Armee Elemente, die zu allem



Eisenbahnunfall bei der Brünigbahn zwischen Lungern und Kaiserstuhl infolge Niedergangs einer Lawine.
Phot Burck & Cie., Lungern.

bereit sind. Die geheimen Offiziersbünde nennen die schlaue Diplomatie eine Verderbnis der alten Volkstugenden. Einem solchen Bunde fiel der greise Ministerpräsident Inukai zum Opfer. Umgekehrt haben die Fanatiker aus Korea, dem von Japan unterdrückten Nachbarreich, in Schanghai ein Attentat auf höchste japanische Offiziere verübt. In Japan erzwangen die Offiziersbünde die Umwandlung der Regierung in ihrem Sinne. Trotzdem scheint die Besonnenheit die Oberhand zu behalten. Selbst ein draufgängerischer General muß sich sagen, daß hinter China die Vereinigten Staaten stehen, die nur aus augenblicklicher Schwäche den Raub der Mandschurei geduldet haben. Würde Japan sich die Sowjetunion zum Feinde machen, so könnte dies für Amerika das Signal zum Eingreifen sein. Dies gilt es zu verhüten. Aber umgekehrt zehrt die Wirtschafts-

krise furchtbar am japanischen Volkskörper. Die Vereinigten Staaten, die bisher drei Viertel des wichtigsten japanischen Erzeugnisses, der Seide, kauften, nehmen heute fast nichts mehr auf; gerade dieser Umstand steigert die Not im Lande und könnte Verzweiflungstaten reifen. Einen Dämpfer haben die japanischen Aktivisten infolge des radikalsozialistischen Sieges in Frankreich erhalten. Vorher waren sie der Unterstützung der französischen Rüstungsindustriellen und der französisch-japanischen Bank sicher. Heute fühlen sie sich allein. Und das mag auch der Grund sein, warum sie neben den Franzosen die einzigen sind, die Hoovers Abrüstung grundsätzlich abgelehnt haben.

Im gewalttätigen Ringen der großen stehen die kleinen Staaten ein wenig da wie die Hunde im Regelries. Ihnen käme all das sehr

gelegen, was der Völkerbund möchte, sei es eine gründliche militärische Umrüstung, sei es eine Regelung der wirtschaftlichen Fragen, sei es ein Schlußstrich unter die Reparationen. Als Oberster unter den Kleinen, der sich gern zu den Großen zählt, aber eben doch keine Kohle und kein Eisen besitzt, diese zwei unerläßlichen Dinge zur Macht, spielt

Italien eine hervorragende Rolle. Es sucht deutlicher als früher Anlehnung im Osten; Griechenland und die Türkei sind die Brücken nach dem russischen Reiche hin, und Albanien und Bulgarien sind die Positionen, die es dem französischen Block im Donaugebiet entgegenstellt. Es rechnet auch mit der Bündniswilligkeit eines hitlerischen oder sonstwie militärischen Deutschland und hat im Südtirol etwas mildere Saiten gegen die Deutschen aufgezogen.

Im Innern kommt der Faschismus infolge der Krise nicht vorwärts, und die Sondergerichte haben auch heute noch zu tun, denn die Terroristen fassen gerade zur Zeit des wirtschaftlichen Elends immer neuen Mut.

Griechenland hat einen Generalstreik hinter sich, dem Venizelos noch gerade Meister wurde.

Jugoslawien verzeichnet eine kleine Militärverschwörung und eine neue Verfassung, die aber die Diktatur nicht beseitigt.

Alle Staaten im Balkan und Donauraum, bis und mit **Österreich** und **Ungarn**, leiden finanziell schwer und hoffen, von Frankreich und England gestützt zu werden. Die Großen aber wollen diese Hilfe nur gegen politische Zugeständnisse verkaufen, und speziell Frankreich läßt sein Ziel, die Wiederaufrichtung einer Macht von der Größe des alten Österreich-Ungarn, nicht aus den Augen. Italien arbeitet dem entgegen und will sich seinerseits eine Vorherrschaft sichern. Die Kleinen aber fürchten für ihre kaum errungene Unabhängigkeit. Ungarn ist gegenwärtig der am meisten interessierte unter allen, der für eine Zollunion zu haben wäre. Seine Ausfuhr ist fast ganz tot, und seinen Tokayerwein z. B. muß es selber trinken. Seine Weinbauern bekommen für diesen wunderbaren Tropfen einen Pfifferling.

Die Finanzmisere legt auch **Rumänien** und **Polen** lahm, und man hört eigentlich nichts aus

diesen Staaten als immer von neuem von Versuchen, Anleihen zu bekommen, oder von einigen kleinern oder größern Terrorakten.

Spanien quält sich mit dem Ausbau der Republik. Fast das ganze Jahr war ausgefüllt mit dem Ringen gegen die syndikalistischen Gewerkschaften; der Kampf spielt sich ab zwischen dem Sozialismus und dem Anarchismus; hinter der schweren Parteilung lauern die Konservativen auf Gelegenheit zur Restauration der alten Zustände, aber selbst König Alfons glaubt nicht, daß es Zeit zu solchen Experimenten sei.

Schweden hat ein wirtschaftliches Erdbeben erlebt infolge Selbstmords des Zündholz-Königs Ivar Kreuger, der sich am 13. März in Paris erschöß. In der Folge erwies sich, daß dieser König im Reiche Mammons ein Kapitalbetrüger und Fälscher größten Formats gewesen, und zwar von früh an; die großen Fälschungen, z. B. italienischer Staatspapiere, die Doppelbelehrung von Werttiteln usw., die falschen Bilanzen wurden aber erst skrupellos in Szene gesetzt, als die Kredite Kreugers an die südamerikanischen Staaten verloren waren infolge Sturz der Währungen fast aller dieser revolutionierten Republiken. Als Kreuger nun gegangen war, brach sein ganzes Riesengebäude zusammen. Seine Aktien, die man früher mit einem Vierteltausend Franken bezahlte, waren an den Börsen der Welt für 50 Rappen zu haben und wurden schließlich überhaupt nicht mehr begehrt. Das schwedische Volk, das natürlich am meisten von diesen Aktien besaß, verlor Milliarden. Nur die Eingeweihten, welche Kreugers Tod einen halben Tag lang geheim hielten, verkauften noch rasch, was sie besaßen, an die Dummern. Im übrigen hat Schweden, wie viele andere Staaten, im Herbst 1931 die Goldwährung aufgehoben, und damit, weil es die Krone nicht so hoch halten konnte wie England das Pfund, große Vermögenswerte eingebüßt. Dagegen hat es teilgenommen an einer Periode kurzer Ausfuhrsteigerung infolge Verbilligung seiner Waren durch den Kronensturz.

Solche Manöver sind aber durchkreuzt worden durch die erfolgten Grenzsperrungen jener Staaten, die durch billige Waren bedroht werden.

Wie weit die Krise wirkt, ersieht man aus zwei jüngst erfolgten Revolutionen „am Rande der Welt“, wenn man so sagen will.

Chile stürzte seine Regierung. Zwei Militärparteien, eine sozialistische und eine kommunistische, wie sie sich nennen, arbeiteten zuerst miteinander, dann gegeneinander, bis zuletzt der „Sozialist“ Davila den „Kommunisten“ Oberst Grove aus dem Felde schlug und verbannte, das Standrecht verhängte, den Kommunismus als ungesetzlich erklärte und im übrigen verhiess, daß „sozialisiert“ und „nationalisiert“ werde. Es handelt sich um die Bergwerke und den Chilesalpeter, die im Besitze amerikanischen Kapitals sind, und eigentlich ist es der Aufstand einer Kolonie gegen ihren Herrn, d. h. in diesem Falle gegen das Finanzzentrum in New York.

Überhaupt scheint eine neue Revolutionswelle ganz Südamerika zu bedrohen. Vorderhand haben Unruhen Brasilien ergriffen, und auch in Peru spukt es verächtlich.

Siam aber, das die absolute Monarchie in eine konstitutionelle verwandelt hat, revoltierte im Grunde wegen der gesunkenen Silber- und Gummipreise, und der eigentlichen Gegner, dem man zu Leiberücken möchte, ist wiederum ein Finanzzentrum, das nicht imstande war, die schlechten Geschäftsläufe zu verbessern: London. Jedenfalls sind die fernsten Gebiete, die vor allem landwirtschaftliche oder industrielle Rohprodukte liefern, gegenwärtig sehr vulkanisch, ähnlich wie in Europa die Agrarstaaten im Donau-Balkan-Raum.

Das unterirdische Schwelen in diesen Gebieten ist wichtiger für unser ganzes wirtschaftliches und politisches Schicksal als etwa politische Kleinigkeiten wie der

Putz in Memel, wo die großlitauische Partei den Landtag nach Hause schickte und versuchte, die Deutschen in Minderheit zu bringen, was freilich mißlang, oder die

Aufhebung des Alkoholverbotes in Finnland, das damit Amerika vorangeht, oder die Lappobewegung, die nun vor allem bei den notleidenden Bauern Anhang findet.

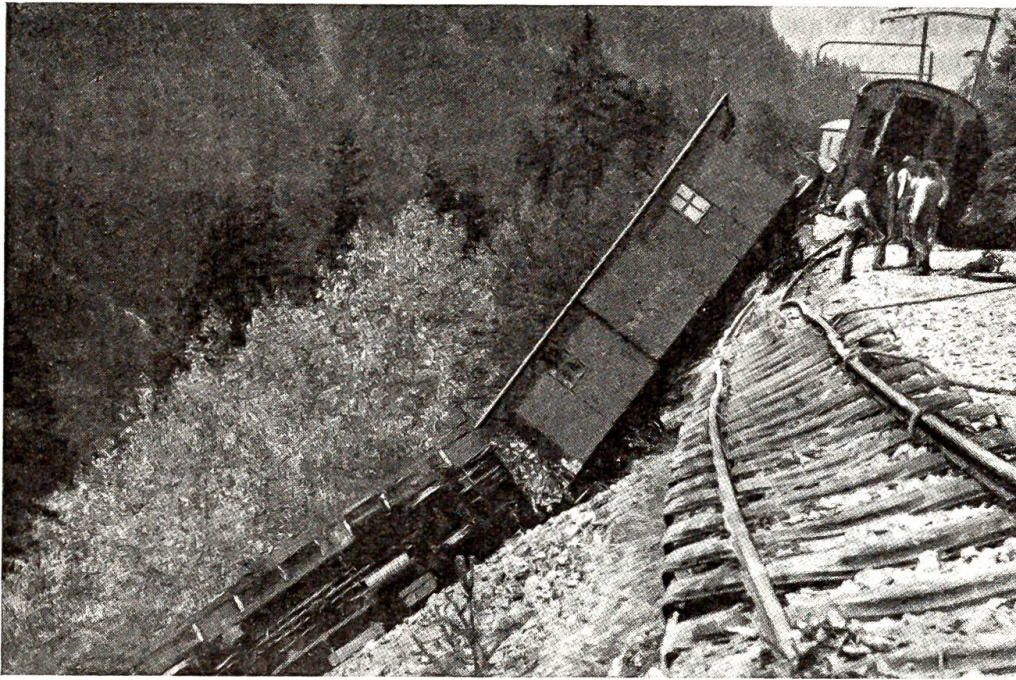
Wenn wir die **Schweizerische Eidgenossenschaft** in diesem brodelnden Kessel der Ent-

wicklung betrachten, so dürfen wir nur wiederholen, was wir schon im letzten Jahre dachten: Es geht uns verhältnismäßig sehr gut. Zwar sind wir auch Leidtragende im allgemeinen wirtschaftlichen Tiefgang, und alles, was sich da draußen abspielt, wirkt seine Wellen bis zu uns hinein. Nicht nur, daß vielleicht 150 Millionen schweizerisches Kapital im Kreuger-Krach verloren gingen; wichtiger sind die Verluste, die unsere Ausfuhr erleidet. Eine wahre Kalamität erlebte im vergangenen Sommer unsere Hotelindustrie, als die Deutschen jedem Ausreisenden 100 Mark abverlangten und so einfach einen Teil unserer Gäste nicht bis zu uns gelangen ließen. Kurz darauf überschauten wir unser Verhältnis zu Deutschland und bemerkten, daß uns die Deutschen beinahe dreimal so-

viel lieferten wie wir ihnen, und es blieb uns nichts anderes übrig, als einen neuen Handelsvertrag zu verlangen; Einfuhrzölle nützen eben nichts mehr; die deutschen Preise standen weit unter den unsrigen. Jetzt haben wir die Einfuhr deutscher Waren schön abgemessen, jeden Monat kommt nur noch so viel hinein, und mehr nicht. Zu ähnlichen Abmachungen sind wir auch mit Italien und Frankreich gekommen, und nach und nach wird auch allen andern gegenüber dasselbe System angewendet werden. Damit ist uns auch die



Gandhi mit seiner Sekretärin, Miß Glade.
Phot. M. Kettel, Genf.



Felssturz an der Albulabahn.
Phot. G. Sommer, Samaden.

Möglichkeit gegeben, die Einfuhr aus allen Ländern an eine entsprechende Ausfuhr, Käse, Vieh, Uhren und Maschinen oder Textilien, zu knüpfen. Eigentlich ein ganz neues System, das in gewissem Sinne dem russischen Außenhandelsmonopol ähnlich zu werden beginnt.

Der Nachteil, den dieses System mit sich bringt, liegt in einem Sinken der Zolleinnahmen; unsere Bundeskasse, die sich zum wichtigsten Teil mit Hilfe der Zölle füllte, bekam ein Loch, das 1932 wahrscheinlich noch größer sein wird. Man rechnet mit einem Fehlbetrag von mindestens vierzig Millionen.

Um diesen Ausfall zu decken, ist eine gewisse Anpassung der Gehälter und Löhne aller Bundesangestellten an die gesunkenen Lebensmittelpreise geplant; es wird aber einen Kampf kosten, da sich das Personal zur Abwehr rüstet. Es geht um Grundsätze. Die einen behaupten, wir könnten uns nicht in der übrigen Welt behaupten, wenn wir unsere hohen Löhne und Preise beibehalten wollten. Die andern sagen: „Wenn wir die Löhne senken, so ist bald unser wichtigster Markt, der des Inlandes, zerstört. Und greifen wir die Preise der wichtigsten Lebensmittel an, so

ruinieren wir unsere Landwirte, den Mittelstand überhaupt.“

Ob wir den Becher des Elends, den Deutschland trinkt, mitlereen müssen, hängt ganz davon ab, wie wir uns zu wehren wissen. Ob wir das Geld so im Umlauf behalten, daß immer auch genug zur Erhaltung der Arbeitslosen und zur Deckung der Löcher im öffentlichen Haushalt vorhanden ist. Es drohen weitere solche Löcher: Die Vötschbergbahn hat die Zinsenzahlung eingestellt. Die Bundesbahnen schlossen 1931 schon schlechter ab als 1930 und werden wahrscheinlich 1932

ein gehöriges Defizit haben. Ende März 1932 zählten wir 65,000 Arbeitslose und ebensoviel Kurzbeschäftigte. Deutschland hat, in Prozenten gesprochen, sechsmal mehr Feiernde. Viele meinen, wir stünden immer noch so gut da, weil wir den innern Markt lebendig erhalten konnten, also, weil sozusagen noch „jedermann Geld“ hat. Aber das erste Hunderttausend gänzlich Unbeschäftigter kann bald einmal voll sein, und dann ist auch für uns die Lage ernst. Es scheint, daß die Kommunisten auf eine solche Verschlechterung hoffen. Sie haben ihr Hauptquartier von Basel nach Zürich verlegt, das schlechter beschäftigt ist als die Rheinstadt. Und im übrigen haben sie die von Moskau befohlene Aufgabe, die in der Stadt Zürich herrschende Sozialdemokratie zu blamieren.

Einigen Grund zur Hoffnung schienen ihnen die Nationalratswahlen zu bieten: Sie gewannen als einzige Partei einen neuen Sitz, und zwar in Zürich. Im Januar darauf inszenierten sie einen Krawall, am 15. Juni einen zweiten, und diesmal gab es einen Toten. Die „rote Zürcherpolizei“ griff erst zu, als sie aufs Äußerste herausgefordert worden war.

Der Nationalrat ist bekanntlich von 198 auf 187 Köpfe verkürzt worden. Die verlorenen Sitze betrauern Sozialisten (1), Freisinnige (6), Konservative (2), Bauern (1), Sozialpolitiker (1). Die Parteien bleiben also fast gleich stark. Vielleicht bedeuten diese Parteien auch nicht alles: Es kommt bei uns auf die stumme, passive Volksmasse noch mehr an als auf sie. Das hat der 6. Dezember bewiesen, wo in der großen Abstimmung die Alters- und Hinterbliebenenversicherung und ebenso die Tabakbesteuerungsvorlage verworfen wurde, trotzdem beinahe alle Parteien außer Kommunisten und konservativen Kreisen die beiden Gesetze zur Annahme empfohlen und in vielen Duzend Zeitungen fast ausschließlich dafür geschrieben hatten.

Man hätte meinen sollen, gewisse Vorkommnisse würden den großen Haufen des Volkes nach links hinübertreiben, so daß ein rötlich gefärbtes Parlament in Bern einziehen würde, und diese selben Massen würden auch die Hilfe für die Alten wollen: das Volk blieb scheinbar fast unbewegt. Der große Krach der „Banque de Genève“ und die drohenden Verluste einiger anderer Banken reiften kaum politische Folgen. Selbst als in Genf der Finanzdirektor Moriaud gestürzt und verhaftet wurde, konnte die Linke den Fall nicht ausnützen.

Es scheint eben, daß an unserm Staatskarren vor allem die Bremsen tadellos funktionieren; wir haben das scheint's auf unserm „ghögerigen“ Boden nötig.

Außenpolitisch haben wir einen schönen Erfolg zu buchen: Im Haag ist am 7. Juni der Zonenprozeß mit 6:5 Stimmen zu unsern Gunsten entschieden worden, und Frankreich muß seine Zöllner wieder auf die andere Seite der Zonen zügeln. Es wäre schön, wenn das Schiedsgericht überall so funktionieren würde. Noch schöner, wenn Europa als Ganzes bald eine Eidgenossenschaft werden wollte.

Alkoholmißbrauch.

Karlchen: Bati, was ist denn das: Alkoholmißbrauch?

Walter: Das ist die Benutzung von Alkohol für Industriezwecke!

Kurze Predigt.

Einem Prediger ließ seine Gemeinde durch eine Abordnung kundtun, es sei auch am Sonntage Zeit gleich Geld; denn wenn man schon am Tage des Herrn zwar nicht arbeiten dürfe, so könne doch manch anderes erledigt werden: irgendeine häusliche Berrichtung, ein Kartenspiel oder ein Nickerchen hinterm Ofen etwa, und auch dafür brauche man Zeit. Und also möge er künftig seine Predigten kürzer fassen als bisher und ein wenig verständlicher auch...

Er wolle sich's durch den Kopf gehen lassen, versprach der Pfarrer.

Da nun wieder Sonntag war und die Predigt anheben sollte, stieg der Pfarrer ächzend, keuchend und stöhnend die Stufen zur Kanzel hinan, blieb manchmal seufzend stehen und wischte sich den Schweiß vom Gesicht, klonn aber schließlich bis oben hin, verzog einen Augenblick, sah die Gemeinde an und rief: „So schwer ist der Weg zum Himmel!“

Dann schlug er seinen Ornat zusammen, setzte sich rittlings, wie es die Gassenbuben tun, auf das Treppengeländer der Kanzel und rutschte — heidi! — hinunter.

„Und so flott geht der Weg in die Hölle!“ rief er noch. Damit war die Predigt für heute getan, und von da an ließen sie ihn so predigen, wie er selbst es für angemessen hielt. Wenn es etwas länger dauerte, nun, so dachten sie an den langen Weg, der zum Himmel führt.

Mildernder Umstand.

Gerichtspräsident: „Bevor sich das Gericht zur Beratung zurückzieht, frage ich den Angeklagten, ob er zu seiner Verteidigung noch etwas beizufügen hat.“

„Berücksichtigen Sie, bitte, die große Jugend meines Anwaltes!“

Ein ganz Schlauer.

Auf einer Dzeanreise bemerkt ein Passagier mit Staunen, daß sein Kabinengenosse abends ein spitzenbesehtes Frauennachthemd anzieht. Über die Ursache befragt, sagt er: „Ich habe immer gehört, daß bei einem Schiffbruch die Damen zuerst gerettet werden.“